



**schülerInnen
kammer
hamburg**

SPASS AN KONSTRUKTIVER ARBEIT & GESTALTUNG



SchülerInnenforen von 1999 - 2006

"Lasst uns Schule verbessern"

**Forderungen Hamburger Schülerinnen und Schüler
und Zusagen und Vorschläge der Bildungsbehörde**

Inhaltsverzeichnis

Forderungen des 1. SchülerInnenforums (Mai 1999)	
"Diesen Unterricht wollen wir"	Seite 3
Zusagen und Vorschläge der Senatorin	Seite 7
Forderungen des 2. SchülerInnenforums (November 1999)	
"So wollen wir Unterricht mitgestalten"	Seite 9
Zusagen und Vorschläge der Senatorin	Seite 13
Forderungen des 3. SchülerInnenforums (Mai 2000)	
"So wünschen wir uns Berufliche Schulen"	Seite 16
Zusagen und Vorschläge der Senatorin	Seite 21
Forderungen des 4. SchülerInnenforums (Februar 2001)	
"Gymnasiale Oberstufe heute ... und morgen?"	Seite 23
Zusagen und Vorschläge der Senatorin	Seite 26
Forderungen des 5. SchülerInnenforums (November 2002)	
"Was wollen wir lernen?"	Seite 28
mit Zusagen und Vorschlägen der Bildungsbehörde	
Forderungen des 6. SchülerInnenforums (Dezember 2003)	
"Was wollen wir an Schule verändern?"	Seite 35
Forderungen des 7. SchülerInnenforums (Februar 2004)	
"Schule als Lebensraum – Was denkbar ist, ist machbar."	Seite 42
Forderungen des 8. SchülerInnenforums (Februar 2005)	
"Mehr Zeit um Lernen."	Seite 47
Reader zum 8. SchülerInnenforum	Seite 54

Hinweis: Am 30. November 2005 findet das 9. SchülerInnenforum zum Thema: „Demokratie in der Schule“ in Hamburg statt.

Bei Rückfragen:

SchülerInnenkammer Hamburg
Meerweinstraße 28
22303 Hamburg
Tel.: 428 984 - 96
Fax: 428 984 - 95
eMail: Info@skh.de

Schul**I**nformations**Z**entrum
Hamburger Straße 35
22083 Hamburg
Tel.: 4 28 63 - 28 97
Fax: 4 28 63 - 40 35
eMail: Barbara.Beutner@bbs.hamburg.de

Forderungen des 1. SchülerInnenforums: "Diesen Unterricht wollen wir!"

Wir wünschen uns eine Schule, in der Schülerinnen und Schüler die Inhalte und Methodik ihres Unterrichtes mitgestalten; in der Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer miteinander kommunizieren, sich absprechen und ein gemeinsames Vertrauensverhältnis aufbauen. Lehrerinnen und Lehrer sind nach unserer Vision auch nachmittags in der Schule anzutreffen, entwickeln in gemeinsamer Abstimmung ihre Unterrichtskonzepte und werten Fragebögen aus, in denen die Schülerinnen und Schüler den Unterricht bewerten. Die Unterrichtsinhalte sind modern und variabel. Man beschäftigt sich auch mit Themen wie Medien oder Wirtschaft, eine starre Trennung nach Fächern gibt es nicht. Lehrerinnen und Lehrer unterrichten anhand eines anwendungsorientierten Konzepts - dazu gehören zum Beispiel Unterrichtsausflüge, mehrere Berufs- und Sozialpraktika und aktuelle Stunden. Kontaktlehrerinnen und Kontaktlehrer kümmern sich um die Öffnung der Schule in den Stadtteil, organisieren Stadtteulfeste, öffentliche Veranstaltungen oder besorgen Referenten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft für den Unterricht.

Am 17. Mai 1999 trafen wir uns zum ersten Hamburger SchülerInnenforum. Wir, das sind über 100 Schülervertreterinnen und -vertreter, die im gemeinsamen Dialog Forderungen, Ideen und Vorschläge, wie Unterricht aus unserer Sicht besser gestaltet werden kann, entwickelten.

Dafür haben wir die bestehende Situation analysiert und untersucht, wo etwas verbessert werden muss. Wir haben den Ist-Zustand nicht nur kritisiert - es gibt am Bestehenden auch viele positive Aspekte, und diese wissen wir zu schätzen.

Jedoch gibt es aus unserer Sicht in vielen Punkten großen Handlungsbedarf. Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sind nicht perfekt und werden es wohl nie sein. Doch im gemeinsamen Dialog können Entwicklungsprozesse angeschoben werden, man kann sich gegenseitig Impulse geben.

Wir begrüßen daher die Ankündigung der Schulbehörde, diesen Dialog mit uns zu führen. Denn aus unserer Sicht kann Einiges getan werden, um Schule zu verbessern.

Unsere 10 Hauptforderungen stellen wir auf den kommenden Seiten dar.

1. Stärkere Mitgestaltung des Unterrichts durch Schülerinnen und Schüler.

Unterricht wird oft nicht interessant und abwechslungsreich gestaltet. Inhalte, die Schülerinnen und Schüler ansprechen wollen und deren Einbindung in den Unterricht durchaus möglich wäre, werden von Lehrerinnen und Lehrern nur in einigen Fällen tatsächlich behandelt. Häufig fallen die Wünsche der Schülerinnen und Schüler unter den Tisch. Auch wird die Unterrichtsmethodik nicht immer im Sinne der Schülerinnen und Schüler gestaltet.

Forderung:

Schülerinnen und Schüler sollen die Inhalte und Methoden des Unterrichts gemeinsam mit den jeweiligen Fachlehrerinnen und Fachlehrern festsetzen.

Das so gemeinsam beschlossene Konzept soll in kurzer Form schriftlich ausgearbeitet und den anderen Lehrerinnen und Lehrern der Klasse und derselben Fächer zur Kenntnis gegeben werden. So können sich diese untereinander besser absprechen.

2. Bewertung des Unterrichtes und der Lehrerinnen und Lehrer durch die Schülerinnen und Schüler.

Schülerinnen und Schüler müssen es hinnehmen, wenn Lehrerinnen und Lehrer ihren Unterricht nicht interessant und ansprechend gestalten. Kritik am Unterricht müssen die Lehrerinnen und Lehrer nicht zum Anlaß nehmen, den Unterricht zu verbessern.

Forderung:

I. Am Ende eines Halbjahres füllen Schülerinnen und Schüler einer Klasse einen von der Schulkonferenz erstellten Fragebogen über den Unterricht jedes Faches anonym aus.

II. Die Klassensprecherinnen und Klassensprecher verfassen anhand der Bögen einen Bericht. Diesen Bericht behalten die Schülerinnen und Schüler. Die Fragebögen bekommen die jeweiligen Lehrerinnen und Lehrer. Diese besprechen die Kritikpunkte mit den Schülerinnen und Schülern, so dass ein gemeinsamer Lern- und Entwicklungsprozess entsteht.

III. Sollte eine Lehrerin oder ein Lehrer nicht auf ausschlaggebende aus den Fragebögen ersichtliche Mängel des Unterrichtes eingehen und auch keine Bereitschaft zeigen, diese zu beheben, so kann der von den Klassensprecherinnen und Klassensprechern erstellte Bericht der Schulkonferenz vorgelegt werden. Diese hat sich nun mit dem Fall zu befassen und die Lehrerin oder den Lehrer sowie die Klassensprecherinnen und Klassensprecher anzuhören.

3. Schüler/innenmitbewertung bei der Lehrprobe von Referendarinnen und Referendaren.

Referendarinnen und Referendare werden bislang lediglich von den Fachlehrerinnen/ Fachlehrern und Behördenvertretern geprüft. Da die Bewertung nur aufgrund einer einstündigen Lehrprobe erfolgt, sind die Referendarinnen und Referendare in der Lage, den Ablauf dieser Stunde genau vorzubestimmen. Oft werden die Schülerinnen und Schüler auf diese Stunde perfekt vorbereitet, so dass die Lehrprobe eher einer Inszenierung als einer normalen Unterrichtssituation gleicht. Auch Referendarinnen und Referendare, die zuvor nicht sonderlich gut unterrichteten, erhalten so oftmals gute Noten, die sie in einer normalen Unterrichtssituation sicherlich nicht erhielten.

Forderung:

Schülerinnen und Schüler müssen ein Mitspracherecht bei der Bewertung der Referendarinnen und Referendare bekommen. Zum Beispiel in Form eines standardisierten Fragebogens. Sie können so auch ihre Gesamterfahrungen über die didaktischen Fähigkeiten miteinfließen lassen.

4. Entwicklung eines anwendungsorientierten Unterrichtskonzepts.

Schulunterricht läuft größtenteils zu theoretisch und unter Umständen realitätsfern ab. Schülerinnen und Schülern wird es daher erschwert, Erlerntes praktisch anzuwenden. Außerdem müssen Schülerinnen und Schüler während ihrer Schullaufbahn nur ein Praktikum absolvieren. Sie können also nur in einen einzigen Berufszweig hineinschnuppern - das ist in der Regel zuwenig.

Lehrerinnen und Lehrer bilden sich nur unregelmäßig fort, so dass wichtige neue und praxisbezogene Inhalte nicht in den Unterricht aufgenommen werden.

Forderung:

Es muss ein anwendungsorientiertes Unterrichtskonzept entwickelt werden, das Verknüpfung von Theorie und Praxis im Unterricht vorschreibt und sich damit näher am Leben orientiert. Lebenspraktische Themen müssen stärker in der Schule vermittelt werden. Das Konzept muss beinhalten, dass alle Schülerinnen und Schüler mindestens zwei Praktika ableisten. Dabei ist zu überlegen, ob eines davon ein Sozialpraktikum sein könnte. Berufsorientierung und Information über Wehr- und Zivildienst an den Schulen muss verstärkt werden. Außerdem muss Unterricht anwendungsorientierter ablaufen: theoretisches Wissen ohne Anwendung gerät schnell in Vergessenheit.

Die Verknüpfung der Wissensvermittlung mit der Anwendung des Erlernten steigert den Lernerfolg nachhaltig.

Die Fortbildungsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer muss umgesetzt werden.

5. Überwindung der starren Trennung unterrichtlicher Inhalte.

Fächerspezifischer Unterricht verhindert die Vermittlung von Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Fächern. Schülerinnen und Schüler sehen oft keinen Sinn im Erlernten, wenn es in keinem praktischen Problemlösungszusammenhang steht. Fächergrenzen sind oftmals künstliche Barrikaden welche der Vernetzung von Wissen im Wege steht.

Forderung:

Themen müssen fächerübergreifend unterrichtet werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass zwischen den Lehrerinnen und Lehrern einer Klasse regelmäßige Absprachen und gemeinsame Planungen erfolgen. Lehrerinnen und Lehrer müssen überlegen welche Themen fächerübergreifend Unterricht werden können und sollten, und wie dabei vorgegangen werden sollte.

Besonders wichtig scheint uns auch, die fächerübergreifende Betrachtung von Themen der Wirtschaft, der Medien und des Sozialen. Schülerinnen und Schüler sollten soweit möglich an der Konzeption fächerübergreifenden Unterrichts beteiligt werden.

6. Präsenzpflcht für Lehrerinnen und Lehrer während der unterrichtsfreien Zeit.

Zwischen Lehrerinnen und Lehrern gibt es - was den Unterricht betrifft - kaum Absprachen und gemeinsame Koordinationsgespräche. Gemeinsames Vorgehen - inhaltlich und didaktisch - gibt es daher selten. Durch fehlende Kommunikation kann Unterricht nicht optimal auf die Klasse abgestimmt werden.

Lehrerinnen und Lehrer stehen außerhalb des Unterrichtes in der Regel nicht bei Fragen und Problemen zur Verfügung.

Forderung:

Kommunikationsstrukturen müssen verbessert werden. Lehrerinnen und Lehrer müssen sich regelmäßig mit ihren Kolleginnen und Kollegen über ihren Unterricht austauschen. Die gemeinsame Absprache muss gestärkt werden. Daher muss es in der Schulwoche bestimmte Zeiten geben, während denen alle Lehrerinnen und Lehrer zwecks Erfahrungsaustausch und Erreichbarkeiten der Schule anwesend sind.

7. Festschreibung von Tutor- und Tutorinnenstunden (Tutstunden) ab Jahrgangsstufe 5

Tutstunden finden bislang nur an Gesamtschulen und teilweise in der gymnasialen Oberstufe statt. Mit ihnen kann unterschiedlich verfahren werden, da keine einheitlichen Regelungen existieren. Darunter leiden Sinn und Effektivität einer solchen Maßnahme, welche die Kommunikation zwischen Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern fördern und das Vertrauensverhältnis und soziales Verhalten verbessern.

Forderung:

Es muss eine einheitliche Regelung geben, die vorschreibt, dass Tutstunden einheitlich ab Klasse 5 in allen Hamburger Schulen angeboten werden müssen. Der Sinn dieser Stunden muss klar definiert sein - es sollen klasseninterne Probleme diskutiert und geregelt werden. Außerdem muss in diesen über die Schülervertretungsarbeit berichtet und informiert werden. Die Schülerinnen und Schüler sollen den Inhalt der Tutstunden maßgeblich mitgestalten.

8. Kontaktlehrerinnen und -lehrer, die sich um die Koordination außerschulischer Belange kümmern

Schulen sind in ihrer Umgebung oftmals isoliert. Sie haben dann keine Kontakte zu nahegelegenen Einrichtungen in ihren Stadtteil hinein, da sich um derartige Belange niemand kümmern muss. Eine wirklich "Offene Schule", die mit Menschen unterschiedlichster Bereiche zusammenarbeitet, gibt es fast nicht. Dies ist schade, da Stadtteilkooperation einige Probleme lösen kann.

Forderung:

Öffnung der Schulen in ihren Stadtteil. Dazu muss eine Kontaktlehrerin / ein Kontaktlehrer (möglicherweise eine Koordinatorin / ein Koordinator) eingesetzt werden, der die notwendigen Entlastungsstunden für seine Arbeit erhält. Die Aufgaben sind: Kontakte zu kulturellen Einrichtungen knüpfen und halten, Koordination offener Unterrichtseinheiten, Einbeziehung von politischen Organisationen und Parlamenten sowie der Wirtschaft. Außerdem: Öffnung zu Freizeiteinrichtungen und -angeboten im Stadtteil, Mitgestaltung von Stadtteilstunden, Kontakte Hilfsorganisationen und Austausch mit anderen Einrichtungen des Stadtteils einschließlich der anderen Schulen.

Die Kontaktlehrerin / der Kontaktlehrer muss entweder aus dem Kreis der Schulleitung kommen oder in engem Kontakt mit dieser arbeiten. Nur so ist gewährleistet, dass die wichtige Öffnung der Schule den nötigen Stellenwert erhält.

9. Einführung einer Unterrichtseinheit "Medien und Informationen"

In der Schule werden aktuelle Geschehnisse in Politik und Gesellschaft nicht ausreichend behandelt. Schülerinnen und Schüler werden nur wenig auf den zunehmend schwerer werdenden Umgang mit Medien und Informationen vorbereitet.

Forderung:

In einem passenden Fach muss frühzeitig die Unterrichtseinheit "Medien und Informationen" eingeführt werden. Dort sollen Schülerinnen und Schüler anhand exemplarischer Beispiele, wie etwa der aktuellen Berichterstattung der Medien, lernen, wie dort Informationen dargestellt werden, und dass derselbe Sachverhalt durchaus gegensätzlich dargestellt werden kann.

Die Unterrichtseinheit soll helfen, sich im Medienschwung zurechtzufinden und den kritischen Umgang mit Medien und Informationen zu erlernen. Leitfragen: Was sind und wie komme ich an seriöse Informationen? Wie gehe ich mit diesen um?

Diese Unterrichtseinheit soll spätestens in der siebten Klasse stattfinden, bevor sich Schülerinnen und Schüler - wie immer häufiger zu beobachten - vom politischen Geschehen abwenden und feste Verhaltensmuster im Umgang mit den Medien erlernt haben.

Auch nach Abschluss der Einheit, muss dieses Thema fächerübergreifend immer wieder aufgegriffen werden.

Wir wollen ferner, dass eine regelmäßige aktuelle Stunde verpflichtend eingeführt wird, in den Themen, die von Schülerinnen und Schülern vorgeschlagen wurden, diskutiert werden.

Schulen müssen über die aktuellste Computerausstattung verfügen. Computerräume mit Internetzugang müssen zum Zwecke der Informationsbeschaffung ständig geöffnet sein. Die Fortbildungsverpflichtung von Lehrerinnen und Lehrern muss umgesetzt werden. Auch die Kompetenz der Schülerinnen und Schüler in diesem Bereich muss genutzt werden.

10. "Wirtschaft und Soziales" verbindlich

Schülerinnen und Schüler haben auch in der Oberstufe meist unzureichende Kenntnisse über wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse und Gesetzmäßigkeiten.

Schülerinnen und Schülern fehlen zumeist Vorstellung und Einblick in innerbetriebliche Arbeits- und Produktionsabläufe und Zwänge. Ebenso sind viele Schülerinnen und Schüler nicht mit der Bedeutung sozialer Einrichtungen vertraut. Das Sozialsystem wird meist als notwendiges Übel im Gemeinschaftskundeunterricht behandelt.

Forderung:

Die Vermittlung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kenntnisse muss einen höheren Stellenwert erhalten. Außerdem sind verstärkt Kontakte zu Betrieben herzustellen, um etwa Werksbesichtigungen durchzuführen, damit Schülerinnen und Schüler einen lebensnahen Einblick in die Wirtschaft erhalten, die vielen Lehrerinnen und Lehrern nur aus der Theorie bekannt ist. Gleichrangig müssen soziale Einrichtungen besucht werden.

Vorschläge und Zusagen der Senatorin

Zu den 10 Forderungen des 1. Schülerforums wurden von Senatorin Rosemarie Raab folgende Vorschläge und Zusagen gemacht: Die Senatorin erklärt, dass sie die Forderungen des 1. Schülerforums grundsätzlich unterstützt.

Zur 1. Forderung: „Stärkere Mitgestaltung des Unterrichts durch Schülerinnen und Schüler.“

Die Lehrerinnen und Lehrer sind verpflichtet, die Schülerinnen und Schüler über die im Hamburgischen Schulgesetz festgelegten Mitwirkungsrechte zu informieren und sie bei der Umsetzung zu unterstützen (§ 2 (1), § 3 (4), § 32 (1) 5., §§ 51, 53). Mit einem entsprechenden Rundschreiben soll erneut darauf hingewiesen werden.

